

Gruppen, die von der Regelung des § 218 gleichsam ihr Verhältnis zum Staat insgesamt abhängig machen, sind inzwischen an verschiedenen Orten und in verschiedenen Gegenden auf privater und freiwilliger Basis *Gruppen, Kreise und Einrichtungen* entstanden, darunter auch von jungen Leuten, die, motiviert durch ihr christliches Gewissen, schwangeren Frauen in Notlagen engagiert und praktisch helfen, damit sie ihr Kind zur Welt bringen können. Durch resolute Unterstützung solcher Gruppen, z. B. bei der Wohnungsbeschaffung für Mutter und Kind und durch Bewußtseinschärfung bei den eigenen Gläubigen wie in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, kann mehr zugunsten des Schutzes des vorgeburtlichen menschlichen Lebens erreicht werden als durch einen aussichtslosen Kampf um strafrechtliche Detailregelungen, die nur immer wieder neue Widersprüche produzieren. Die gemeinsame evangelisch-katholische Erklärung „Gott ist ein Freund des Lebens“, die auch in diesem Punkt in beiden christlichen Kirchen viel Zustimmung gefunden hat, weist ohnehin diese Richtung. *se*

Erfolg?

Die vatikanische Ostpolitik und die neue Kirchenfreiheit

Nachdem nun die Kirchen in den meisten Ländern des Ostens ihre Handlungsfreiheit wiedergewonnen haben und selbst das kleine Albanien, das sich über gut zwanzig Jahre gerüht hat, der erste atheistische Staat der Welt zu sein, „religiöse Propaganda“ wieder zulassen will, ist von alten und neuen *Kommentatoren der vatikanischen Ostpolitik* häufig zu hören und zu lesen: diese sei nun am Ziel, schlußendlich sei sie doch noch zu einem „vollen Erfolg“ geworden, sie könne nun „die Ernte eines langen, zähen Bemühens“ einfahren. Aus Nebensätzen ist dabei meist herauszulesen oder zu -hören, daß dies nun so kommen konnte, sei

vor allem dem gegenwärtigen Papst zu verdanken. Dieser habe nicht nur als „slawischer Papst“ polnischer Herkunft in besonderer Weise auf die Entwicklung in Osteuropa eingewirkt; er habe vielmehr die eher kompromißlerische Linie unter *Paul VI.* korrigiert und durch größere Standhaftigkeit im Fordern und Verhandeln schließlich zum Erfolg geführt.

Diese von Pathos untermalte Sicht der Dinge ist angesichts der Vorgänge während der letzten Monate verständlich, sie verzerrt aber merklich den Sachverhalt. Daß *Johannes Paul II.* nicht nur weil er Pole ist, sondern durch die Art, wie er kommunistischen Kontrahenten persönlich und öffentlich begegnete und wie er das an den Gläubigen und an der Kirche begangene Unrecht anprangerte und nicht zuletzt – über Polen hinaus – durch sein persönliches Charisma beträchtlichen Einfluß auf die Entwicklung im östlichen Europa ausübte, wird niemand leugnen. Er hat die Herzen und Sinne der Menschen bewegt, er wußte zudem aus persönlicher Erfahrung, was kommunistische Herrschaft ist und wie Kirche mit ihr umzugehen hat. Die Kommunisten der ausgehenden Breschnew-Ära spürten auch bald, wie stark der Papst auf ihren Herrschaftsbereich wirkte. Entsprechend verhielten sie sich.

Aber Erfolge der vatikanischen Ostpolitik, die jetzt eingefahren werden? Daß die Freiheit Gläubigen und Kirchen zurückgegeben wurde, ist für den Gläubigen zunächst ein Ereignis göttlicher Fügung. Es gehört aber zur Nichterkennbarkeit Gottes und zur Unerforschlichkeit von Gottes Vorsehung, daß sich das an konkreten politischen Akten oder sonstigen menschlichen Bemühungen nicht festmachen läßt. Realpolitisch gesehen, ist die zurückgewonnene Freiheit Ergebnis der Öffnungs- und Entideologisierungspolitik *Michail Gorbatschows*. Sie schuf den Spielraum, in dem der Freiheitswille der Völker Ostmitteleuropas sich durchsetzen konnte. Mit ihnen, den Völkern, „profitieren“ auch die Kirchen von der *wirtschaftlichen und ideologischen Krise des Systems*, die die Sowjets auf den Weg von Glasnost

und Perestroika zwangen. Mit dem Zwang zu Öffnung und Reform wuchs auch die Einsicht, daß man die Gläubigen und Kirchen besser an seiner Seite als gegen sich hat, wenn es gilt, Reformen auch um- und durchzusetzen. Darauf und auf deren menschliches und institutionelles Potential geht ja auch das relativ große Gewicht zurück, das Kirchen jetzt in der ersten nachkommunistischen Phase in den osteuropäischen Ländern haben.

Aber Erfolg der vatikanischen Ostpolitik? Wenn von Erfolg in dem Zusammenhang zu reden ist, dann ist es weniger einer der die Folge ausgestandener Mühen, sondern das *Ergebnis schlußendlich glücklicher Umstände* ist. Der vatikanischen Ostpolitik verdankt sich die neugewonnene Kirchenfreiheit so viel und so wenig wie die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands der Deutschlandpolitik bundesdeutscher Regierungen in der Ära Honecker. Man hatte – wenigstens im Prinzip – immer darauf hinarbeiten versucht, mußte darauf hinarbeiten; aber durch politische Anstrengungen erreicht wurde sie nicht. Sie konnte auch nicht geplant werden. Sie widerfährt jetzt den Deutschen einfach. Ähnlich widerfährt im östlichen Europa Gläubigen und Kirchen die Freiheit.

Eine Abwertung jahrzehntelanger diplomatischer und pastoraler Bemühungen? Überhaupt nicht. Die zähe, durch keine Rückschläge sich irritierenlassende Kontakt- und Verhandlungspolitik des Apostolischen Stuhles mit den kommunistischen Regimen Osteuropas zugunsten der kirchlichen Gemeinschaften in diesen Ländern hat wesentlich dazu beigetragen, daß die *kirchlichen Grundstrukturen* erhalten geblieben sind. Jetzt kann, auch wenn die kirchlichen Gemeinschaften in Pfarreien und Diözesen, im Klerus und in der Laienschaft materiell und personell geschwächt sind, darauf aufgebaut werden. Die Erhaltung eines Minimums an kirchlicher Organisation während der Zeit der Unterdrückung ermöglicht jetzt, jedenfalls was den hierarchischen Aufbau der Kirche betrifft, eine *verhältnismäßig rasche*

Normalisierung. Ohne die Verbindungen vorher wäre es kaum gelungen, innerhalb nur weniger Monate in den meisten Ländern die Episkopate fast vollständig zu komplettieren. Und auch mit der *Wiederanknüpfung diplomatischer Beziehungen* mit den meisten Ostländern, jetzt auch mit Rumänien, nachdem es kurz vorher noch einige Reibereien wegen der neuen Bischofsnennungen gegeben hatte (vgl. HK, April 1990, 193), wäre es nicht so schnell und reibungslos gegangen, wie es sich in den letzten Wochen und Monaten abgespielt hat, wäre die vatikanische Diplomatie nicht schon vorher an vielen Orten im Gespräch gewesen.

Und was das unterschiedliche ostpolitische Temperament Pauls VI. und Johannes Pauls II. betrifft: Der Vorrang des hierarchischen Prinzips bzw. der Sicherung der kirchlichen Hierarchie vor dem bzw. für das örtliche kirchliche Leben war für beide Päpste gleich maßgebend, da ging es nicht einmal um Nuancen. Wenn Paul VI. etwa bei der Durchsetzung von Bischofskandidaten sich gegenüber kommunistischen Führungen gelegentlich kompromißbereiter zeigte als sein Nachfolger, dann hatte dies wohl auch damit zu tun, daß Paul VI. kaum auf kurzfristige Veränderung der Verhältnisse rechnen konnte, sondern in sehr langen Fristen denken mußte. Im übrigen verkörperte Kardinalstaatssekretär *Casaroli* stets ostpolitische Kontinuität.

Aber Frucht des Bemühens oder glückliche Fügung: Ist die vatikanische Ostpolitik nun tatsächlich „am Ziel“? Nur bedingt. Die Situation ist keineswegs einheitlich, der Prozeß der Befreiung ist unterschiedlich fortgeschritten; in den asiatischen Staaten kommunistischer Herrschaft hat er erst kaum noch begonnen. In *China* sind die romtreuen, nicht der sog. Patriotischen Vereinigung zuzurechnenden Katholiken seit der Niederschlagung der Studentenrevolution sogar wieder besonderen Repressalien ausgesetzt, und auch in Teilen Osteuropas hat sich keineswegs alles schon für alle zum Guten gewendet. Von „*Unierten*“ in *Rumänien* ist zu hören, für sie habe sich trotz der veränderten Ver-

hältnisse noch so gut wie nichts geändert. Fast überall warten kirchliche Instanzen noch auf die Rückgabe ehemaligen Kirchenbesitzes, im Falle der einst verbotenen resp. zwangsothodoxierten orientalischen Katholiken auf die Rückgabe von Kirchengebäuden und anderen einst ihnen gehörigen Einrichtungen. Von Fall zu Fall scheinen sogar Bischöfe Mühe zu haben, kirchliche Immobilien, die einst Orden gehörten, aber nach dem Verbot der Orden in diözesane Regie übergegangen waren, den sich neu organisierenden Orden zurückzugeben. Aus Ungarn ist solches zu hören.

Und wo Vermittlung und Stützung in solchen Streitfragen nicht mehr gebraucht wird, wird sich die vatikanische Diplomatie anderen, nicht weniger schwierigen, aber oft sehr viel politischeren Aufgaben zuwenden müssen. In der Ukraine z. B. jetzt schon, um eine einigermaßen friedliche Herauslösung der dortigen „*Unierten*“ aus der orthodoxen Gemeinschaft mit zu gewährleisten (vgl. HK, Januar 1990, 12 ff.). Und sehr viel wird sich künftige vatikanische Ostpolitik mit den brisanten *Verschränkungen von Konfession und Nationalität* in der auseinanderstrebenden Union der Sowjetrepubliken und auch anderswo zu beschäftigen haben. Siehe Litauen! Sondernuntius *Colasuonno* und seine Mitstreiter werden also noch lange viel zu tun haben. se

Neuanfang

Russische Orthodoxe Kirche nach dem Tod von Patriarch Pimen

Patriarch Pimen von Moskau und ganz Rußland, der am 3. Mai im Alter von 79 Jahren starb, war der vierte Inhaber dieses höchsten Amtes in der Russischen Orthodoxen Kirche seit der Wiedereinführung des Patriarchats im Jahr 1917. Als er 1971 vom Landeskonzil zum Nachfolger von Patriarch Aleksij gewählt wurde, dessen Stellvertreter er seit 1963 war (vgl.

HK, Juli 1971, 310 ff.), herrschte in der Sowjetunion Leonid Breschnew, unterlag die Kirche, durch die große Verfolgungswelle unter Chruschtschow geschwächt, umfassender und rigider staatlicher Kontrolle und war in ihren Wirkungsmöglichkeiten auf ein Minimum eingeschränkt. Die letzten Amtsjahre Pimens waren durch die Auswirkungen der Gorbatschowschen Umgestaltung des politischen Systems für die Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion bestimmt: Der Patriarch traf am 29. April 1988 mit *Michail Gorbatschow* zusammen, und seine Kirche konnte kurz danach mit erheblichem Aufwand und großer staatlicher Hilfestellung die Tausendjahrfeier der Christianisierung der Kiewer Rus begehen (vgl. HK, Juli 1988, 320 ff.). Schon damals war Pimen – für jeden Beobachter der Millenniumsfeiern unübersehbar – ein körperlich schwer angeschlagener Mann.

Der berüchtigte „*Furov-Bericht*“ von 1975 über die „*kirchlichen Kader und die Maßnahmen zur Einschränkung ihrer Tätigkeit im Rahmen des Gesetzes*“ (es handelte sich dabei um einen Rechenschaftsbericht des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates für religiöse Angelegenheiten, *Vasilij Furov*, für das Zentralkomitee der KPdSU) stufte Patriarch Pimen in die Gruppe der dem System gegenüber problemlos loyalen Bischöfe ein. Tatsächlich hielt sich Pimen immer widerstandslos an den engen Rahmen, dem ihn die staatliche Kirchenpolitik ließ: Er machte sich zum beredten Befürworter der sowjetischen „*Friedenspolitik*“, ließ in öffentlichen Äußerungen keinerlei kritische Distanz zum System erkennen und schenkte der innerkirchlichen Opposition mit ihrer Kritik am Anpassungskurs und der nach außen betriebenen Beschwichtigungsstrategie der russischen Orthodoxie kein Gehör.

Als dann unter Michail Gorbatschow deutlichere Anzeichen für eine Neubewertung der Bedeutung der orthodoxen Kirche für die russische Tradition und die Förderung der gesellschaftlichen und individuellen Moral erkennbar wurde, zog der Patriarch mit anerkennenden Worten zu Glasnost